

Staatszeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 44 / 60. Jahrgang, Montag, 23. November 2009

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey



Einen Besucherrekord verzeichnete das Hambacher Schloss ein Jahr nach der Wiedereröffnung durch Ministerpräsident Kurt Beck: Mehr als 93 000 zahlende Gäste kamen in den vergangenen zwölf Monaten hinauf aufs Schloss.

Hambacher Schloss bilanziert Rekordbesuch

Mehr als 93 000 zahlende Gäste besuchten bereits die neue Dauerausstellung

Ein Jahr nach der feierlichen Wiedereröffnung durch Ministerpräsident Kurt Beck ist das Hambacher Schloss populärer denn je: Mehr als 93 000 zahlende Gäste besuchten in den vergangenen zwölf Monaten die neue Dauerausstellung „Hinauf, hinauf zum Schloss!“ Kulturstaatssekretär Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Hambacher Schloss, zeigte sich von den Zahlen beeindruckt: „Wir haben alle Rekorde gebrochen. Als wir am 15. November vorigen Jahres die neue Dauerausstellung eröffneten, hätte keiner von uns mit einem solchen An-

drang gerechnet. Das ist eine Bestätigung für die Qualität der neuen Ausstellung und die herausragende Rolle des Hambacher Schlosses als Denkmal der Demokratie. Aber auch das Veranstaltungskonzept, das wir mit unseren Partnern erarbeitet haben, bewährt sich. Immer mehr Menschen sehen im Hambacher Schloss ein attraktives Veranstaltungshaus mit vielen Facetten, vom Kabarett über die politische Diskussion bis hin zum klassischen Konzert.“

Das Schloss und die Dauerausstellung können auch im Winterhalbjahr besichtigt werden. Sie sind jeden Tag

außer am 24. Dezember von 11 bis 17 Uhr geöffnet. Öffentliche Führungen werden zwischen 11 und 14 Uhr stündlich angeboten. Das Veranstaltungsprogramm 2009 geht im Dezember mit vier Terminen zu Ende: Hambacher Gespräch mit Bischof Huber am 4. Dezember (19 Uhr), Demokratie-Forum am 9. Dezember (20 Uhr), barockes Weihnachtskonzert am vierten Adventssonntag, 20. Dezember um 15 Uhr, und der große Silvesterball am 31. Dezember ab 19 Uhr. Informationen unter 06321/9597880 und im Internet unter www.hambacher-schloss.de.

Neuer Kultur-Staatssekretär

Beck und Ahnen: „Schumacher ist die richtige Besetzung“

Neuer Kultur-Staatssekretär wird Walter Schumacher. Das teilten Ministerpräsident Kurt Beck und Kulturministerin Doris Ahnen mit: „Er ist die richtige Besetzung für dieses Amt, weil er kulturelles Interesse und Kompetenz mit administrativer Erfahrung verbindet.“ Ministerialdirektor Walter Schumacher ist Ständiger Vertreter des Chefs der Staatskanzlei und Sprecher der Landesregierung. Er wird Nachfolger von Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, der zum Oberbürgermeister der Stadt Koblenz gewählt wurde.

Ministerpräsident Kurt Beck: „Rheinland-Pfalz ist ein Land von großem kulturellem Reichtum. Aufgabe der Kulturpolitik ist es, das Erbe zu wahren und Neues zu stiften. Die aktuelle Kultur-Szene ist lebendig und vielfältig. Walter Schumacher kennt Land und Landesart, er wird die Kommunikation mit Künstlern und Kulturschaffenden pflegen – und freut sich drauf.“

Der Ministerpräsident ist überzeugt, dass die Kooperation mit dem Vorsitzenden des zuständigen Landtags-Ausschusses für Kultur, Manfred Geis, und den Ausschussmitgliedern „eng und vertrauensvoll sein wird“. Das gemeinsame Engagement sei für die Kulturschaffenden im Land besonders wichtig.

Kultur-Ministerin Doris Ahnen: „Ich halte Walter Schumacher für eine hervorragende Besetzung, weil er die Kulturszene in ihrer ganzen Breite kennt



Walter Schumacher

und schätzt, weil er auch ein Herz für die Kultur hat. Ich bin sicher, dass er als gelernter Journalist und als Medienexperte für die Kultur im Land noch mehr Öffentlichkeit schaffen kann – auch über Rheinland-Pfalz hinaus.“

Ahnen: Gegen Studiengebühren

„Ich habe Verständnis dafür, dass sich Studierende für ihr unmittelbares Lebensumfeld in der Hochschule einsetzen“, sagte Bildungsministerin Doris Ahnen zu den Protesten von Studierenden. „Wir teilen die Forderung, Studiengebühren in allen Ländern abzuschaffen wie auch die Kritik, Stipendiensysteme einzuführen anstatt das BAföG konsequent zu stärken.“ Gerade hier setze die neue Bundesregierung das falsche Signal gegenüber den Studierenden.

„Die Landesregierung setzt seit Jahren einen Schwerpunkt in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, um die Studienbedingungen nachhaltig zu verbessern. Gerade das in 2009 angefallene Sondervermögen ‚Wissen schafft Zukunft‘, das die Hochschulen jährlich zusätzlich mit 40 Millionen Euro ausstattet sowie 200 zusätzliche Stellen schafft, trägt deutlich zu einer Stärkung der Hochschulen bei.“

Dass die Umsetzung der Bachelor- und Masterstudiengänge an einigen Stellen einer Korrektur bedürfe, habe die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihrer letzten Konferenz aufgegriffen und schnell auf die vorgebrachten Kritikpunkte reagiert.

Die Hochschulen seien nun gefordert, die Beschlüsse der Kultusminister zügig umzusetzen. „Nicht alle Bachelor-Studiengänge müssen auf sechs Semester beschränkt sein, auch sieben oder acht Semester können im konkreten Fall sinnvoll sein“, so Ministerin Ahnen.

Beck: Verantwortungsvolles Miteinander ist notwendig

Sitzung von Ministerrat und evangelischen Kirchenleitungen

„Das Gespräch des rheinland-pfälzischen Kabinetts mit den Vertretern der evangelischen Kirchen hat eine gute Tradition.“ Das sagte Ministerpräsident Beck zu Beginn der gemeinsamen Sitzung von Ministerrat und den Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz. „Durch den regelmäßigen Dialog haben wir in vielen Bereichen Erfolge für das Land und für die Bürgerinnen und Bürger erreichen können.“ Ministerpräsident Beck hob in seiner Begrüßung die Bedeutung der Kirchen und des kirchlichen Wirkens in der pluralen Gesellschaft hervor.

Ein zentrales Gesprächsthema war die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft. Beck betonte: „Die Finanzkrise zeigt uns: eine Rückbesinnung auf alte Tugenden ist notwendig. Der verantwortliche und soziale Umgang miteinander muss wieder stärker in den Mittelpunkt unseres Handelns gestellt werden. Wohin es führt, ausschließlich Gewinnmaximierung als oberstes Ziel zu verfolgen, haben wir in den vergangenen Monaten erlebt.“ Der Ministerpräsident erläuterte auch die Maßnahmen, die die Landesregierung zur Bewältigung der Krise ergriffen hat.

Präsident Nikolaus Schneider (Evangelische Kirche im Rheinland) brachte die Sorgen der Kirchen über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zum Ausdruck. „Wir befürchten, dass wegen zurückgehender Steuereinnahmen und stark gestiegener Verschuldung, die Haushaltsmittel für den sozialen Bereich in den nächsten Jahren stark zurückgefahren werden.“ In diesem Zusammenhang ging Präs. Schneider auch auf die Maßnahmen der Landesregierung zur Bewältigung der Finanzkrise ein. Er dankte der Landesregierung ausdrücklich für die Berücksichtigung der Freien Träger im Rahmen des Konjunkturprogramms II, ebenso wie für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über die Ersatzschulfinanzierung.

Kirchenpräsident Christian Schad stellte während des Gesprächs die Reformationsdekade der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), die in jährlichen Stationen den 500. Jahrestag des Beginns der Reformation 2017 vorbereiten will, vor. Schad: „Die Reformationsdekade zeigt: Auch wenn die Kirche in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten einem deutlichen Veränderungsprozess unterworfen sein wird, zieht sie sich nicht in eine Nische zurück, sondern übernimmt aus der Mitte des Evangeliums heraus gesellschaftliche Verantwortung.“

Kirchenpräsident Dr. Volker Jung (Evangelische Kirche in Hessen und Nassau) unterstrich die Nähe zwischen Landesregierung und den Kirchen im Ziel, den Klimaschutz voranzutreiben: „Die Generation vor uns konnte noch

gar nicht wissen, was alles kommt. Die Generation nach uns wird nichts mehr ändern können. Es ist also an unserer Generation umzusteuern.“ Dabei gehe es ja nicht allein um Fragen der Technik, sondern es gehe um eine kulturelle Aufgabe, „die unser Wirtschaften, aber auch unseren Konsumstil und die ganz Art und Weise betrifft, wie wir uns zu leben gewöhnt haben“, so Jung.



Im Gästehaus der Landesregierung tagten der Ministerrat und die Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz.

Foto: Melanie Bauer



Mit dem Verdienstkreuz am Bande und dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurden in der Mainzer Staatskanzlei Lieselotte Grohmann, Dr. Martin Weber (beide Mainz), Ernst Bedau (Deidesheim) und Gerhard Postel (Freibach) ausgezeichnet. Ministerpräsident Kurt Beck überreichte die vom Bundespräsidenten verliehenen Auszeichnungen. Der Ministerpräsident würdigte ausführlich die vielfältigen Leistungen der Geehrten. Mit der Auszeichnung dieser Persönlichkeiten werde auch deren Engagement für die Gemeinschaft belohnt, betonte er in seiner Festansprache.

Foto: Stefan Sämmer

Frauen machen Kommunen im Land stark

Ministerin Malu Dreyer: Kampagne hat schon in vielen Bereichen Fortschritte gebracht

„Die landesweite Kampagne ‚Frauen machen Kommunen stark‘ hat in vielen Bereichen zu Fortschritten beim Frauenanteil in der Kommunalpolitik geführt.“ Das erklärte Frauenministerin Malu Dreyer anlässlich der Abschlussveranstaltung der Kampagne in Mainz. Die Frauenkampagne sei seit April 2008 mit mehr als 20 Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern – darunter Frauenorganisationen, Gewerkschaften, die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, die Volkshochschulen, der Landessportbund, die Landeszentrale für politische Bildung, Parteien, die Landfrauenverbände und die kommunalen Spitzenverbände – durchgeführt worden. „Erfreulicherweise über die Parteigrenzen hinweg“, hob Dreyer hervor. Um den eingeschlagenen Weg weiter fortzusetzen, hätten sich die Partnerinnen und Partner bereits mit Blick auf die nächste Kommunalwahl im Jahr 2014 für eine Fortführung der Kampagne ausgesprochen.

„Um Frauen bei ihrer Bewerbung um ein kommunales Amt zu unterstützen, wurden in rund 130 Veranstaltungen landesweit mehr als 1 800 Frauen in Rhetorik, Öffentlichkeitsarbeit oder Verhandlungsführung geschult, auf eine Kandidatur vorbereitet und mit Handwerkszeug für eine zukünftige Ratsarbeit versorgt“, so Dreyer. Dadurch erhöhte sich das Interesse der Frauen an politischer Arbeit und spiegelte sich im gestiegenen Frauenanteil auf einigen Kandidatenlisten wider.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bad Ems erhöhte sich der Frauenanteil in den Stadträten beispielsweise in Trier von 36,5 auf 43 Prozent oder in Mainz von 28,3 auf 36,7 Prozent. Positive Entwicklungen gab es auch in den Stadträten von Speyer, Kaiserslautern, Frankenthal und Landau. In anderen Bereichen,



Frauenministerin Malu Dreyer

wie in den Kreistagen von Mainz-Bingen beträgt der Frauenanteil aktuell 38 Prozent und im Rhein-Pfalz-Kreis 32,6 Prozent. Mehr Frauen in den Kreistagen meldeten auch die Landkreise Cochem-Zell, Neuwied, Trier-Saarburg und der Donnersbergkreis. Positiv zu vermerken sei, dass in den kleineren Gemeinden mit Mehrheitswahl – das sind immerhin knapp 60 Prozent der

Gemeinden in Rheinland-Pfalz – der Frauenanteil auf aktuell 12,1 Prozent angestiegen sei; hier bleibe allerdings noch einiges zu tun.

„Eine positive Resonanz gibt es auch beim parteiübergreifenden Mentoring-Programm, bei dem erfahrene Politikerinnen (Mentorinnen) ihre Erfahrungen an Einsteigerinnen (Mentees) weitergeben: Zwei Mentees wurden auf Anhieb zur Bürgermeisterin gewählt, weitere fünf konnten im ersten Anlauf ein Mandat erringen“, so Dreyer. Darüber hinaus wurde ein Anstieg von Ortsbürgermeisterinnen gemeldet; zugleich setzten die Parteien mancherorts erfolgreich mehr junge Frauen auf aussichtsreiche Listenplätze, fasste Dreyer die Entwicklung zusammen.

„Mit der Kampagne ist eine wichtige Diskussion angestoßen worden, doch wir sind noch lange nicht am Ziel“, sagte die Ministerin. Denn von den insgesamt 33 000 Mandaten, die zu besetzen waren, entfielen insgesamt bei der Kommunalwahl 2009 nur 16,8 Prozent auf Frauen. „Eine durchschnittliche Steigerung des Frauenanteils um ein Prozent kann uns nicht zufrieden stellen“, unterstrich die Ministerin.

Hier seien auch die Parteien gefragt. Dreyer: „Wenn Parteien ernsthaft mehr Frauen in ihren Reihen haben wollen und auf deren Mitarbeit Wert legen, müssen sie über neue Arbeitsformen, Rekrutierungswege und Nominierungsverfahren nachdenken.“ Ohne die gleichberechtigte Einbindung der Hälfte der Bevölkerung in die politischen Gremien und ihre Entscheidungen haben wir nicht nur ein Gerechtigkeits-, sondern auch ein Demokratiedefizit. „Deshalb bleibt die politische Partizipation von Frauen weiterhin ein Schwerpunktthema unserer Politik“, unterstrich Dreyer.



Ministerpräsident Kurt Beck empfing anlässlich eines Antrittsbesuchs den rumänischen Botschafter Lazăr Comănescu in Mainz. Foto: Stefan Sämmer

Rumänien wichtiger Partner

Ministerpräsident Beck empfing neuen Botschafter

„Rumänien ist in den letzten Jahren ein zunehmend wichtiger europäischer Partner für Rheinland-Pfalz geworden. Trotz der Wirtschaftskrise befindet sich der gemeinsame Handelsaustausch auf einem guten Niveau“, so Ministerpräsident Kurt Beck anlässlich eines Antrittsbesuchs des rumänischen Botschafters Lazăr Comănescu in Mainz.

Für das kommende Jahr habe man bereits weitere Treffen vereinbart. Dort werde man sich intensiv mit den gemeinsamen Handelsbeziehungen auseinandersetzen. „Zusammen mit der IHK-Pfalz und dem rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium werden wir anstreben, die direkten Austauschbeziehungen kleiner und mittelständischer Betriebe mit rumänischen Handelspartnern zu stärken“, so Beck.

Von rheinland-pfälzischer Seite bestehe das Angebot, dass Rumänien seine Präsenz beim Mittel- und Osteuropazentrum Rheinland-Pfalz (MOEZ)

am Flughafen Frankfurt-Hahn wieder aufnehme. „Ich hoffe, dass wir die Beziehungen mit Rumänien somit noch weiter intensivieren können“, so der Ministerpräsident. Dies gelte auch für Fragen der Inneren Sicherheit. Hier stehe man zusammen mit dem rheinland-pfälzischen Innenministerium in einem Dialog mit Rumänien.

Bildungspolitisch sei die Zusammenarbeit mit Rumänien bereits vorgezeichnet. So bestünden in Rheinland-Pfalz derzeit insgesamt fünf Schulpartnerschaften mit rumänischen Schulen.

Auch in den Kulturbeziehungen setze man bewusst Schwerpunkte im Austausch mit Rumänien. „Daher habe ich mich auch sehr über die Auszeichnung der Schriftstellerin Herta Müller mit dem Literaturnobelpreis gefreut“, so der Ministerpräsident.

Die deutsche Schriftstellerin Herta Müller stammt gebürtig aus Rumänien. Sie wurde 2002 in Mainz mit der Carl-Zuckmayer-Medaille geehrt.

Kulturstiftung fördert 32 neue Projekte

Ministerpräsident Beck: Vorstand bewilligte weitere 300 000 Euro für Vorhaben im Land

Die Vorbereitung eines neuen filmischen Zweiteilers von Edgar Reitz und der Umbau der Bühnentechnik im Mainzer „unterhaus“ gehören zu den herausragenden Projekten, die in diesem Jahr Mittel aus der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur erhalten. Der Vorstand hat in seiner jüngsten Sitzung weitere 300 000 Euro für 32 verschiedene Kunst- und Kulturprojekte des Landes bewilligt. Dies teilten Ministerpräsident Kurt Beck, Vorsitzender der Kulturstiftung, und Kulturministerin Doris Ahnen mit. In der Frühjahrssitzung waren bereits Projektförderungen in Höhe von über 500 000 Euro vergeben worden. Außerdem fördert die Stiftung in diesem Jahr Institutionen mit rund 3,3 Millionen Euro.

„Wir wollen möglichst viele Menschen am Kulturgesehen beteiligen

und greifen deshalb den großen und kleinen Initiativen im Land unter die Arme“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck. Zu den geförderten Projekten gehören nach seinen Angaben auch der Aufbau einer historischen Töpferei im Freilichtmuseum Bad Sobernheim, ein Filmprojekt über den Soldatenfriedhof in Bitburg sowie eine Ausstellung über den „Mythos Kindheit“ des Kunstvereins Ludwigshafen. „Einen besonderen Förderschwerpunkt legen wir in diesem Jahr auf das Kinder- und Jugendtheater“, so Beck. So werde die Stiftung gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendtheater Speyer einen Autorenwettbewerb ausloben.

„Die Vielfalt der geförderten Projekte belegt, dass Rheinland-Pfalz ein lebendiges Kulturland ist“, ergänzte die Vorsitzende des Stiftungskuratoriums, Kulturministerin Doris Ahnen. Neben

den bekannten und bewährten Vorhaben würden auch neue Projekte eine Chance bekommen. Die Kulturstiftung bezeichnete die Ministerin als „wichtige Institution in Rheinland-Pfalz und unverzichtbar für die Kulturförderung“.

Die Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur wurde 1991 durch das Land Rheinland-Pfalz gegründet und mit einem Stiftungsvermögen von rund 80 Millionen Euro ausgestattet. In dieser Zeit wurden gut 63 Millionen Euro zur Förderung von über 1 100 Projekten, Künstlerhäusern und sonstigen Institutionen im Kunst- und Kulturbereich in Rheinland-Pfalz ausgegeben. Über grundsätzliche Angelegenheiten der Stiftung entscheidet der Vorstand, der von einem Kuratorium beraten wird. Diesem gehören 15 Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft und Politik an.

Kommunen haben eine Schlüsselfunktion

Ministerin Conrad: „Steuerpläne der Koalition gefährden Klimaschutz und Arbeitsplätze“

„Die Kommunen haben eine Schlüsselfunktion für eine zukunftsfähige Energieversorgung und den Klimaschutz. Wir brauchen ihre Investitionstätigkeit für Energiespargebäude und dezentrale Energieinfrastruktur. Die Steuerpläne der Koalition, aber auch die Benachteiligung kommunaler Unternehmen, schwächen ihre strategische Bedeutung für den notwendigen Umbau unserer Energieversorgung. Dazu kommen die Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Kommunen und zugunsten der vier Energiekonzerne durch die Laufzeitverlängerung ihrer Atomkraftwerke“, sagte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad bei der Messe „Kommunale Zukunft Rheinland-Pfalz 2009“. Die „KomZu“ fand auf Initiative des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz erstmals statt und stellte mit Schwerpunkt auf Energie, Licht und Gebäudeeffizienz Best Practice-Lösungen vor.

„Kommunen haben Vorbildcharakter“, sagte Umweltministerin Margit Conrad. Im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Kopenhagen betonte sie: „Nur mit den Kommunen werden wir unsere Energie- und Klimaschutzpolitischen Ziele erreichen.“ Die Planungskompetenz prädestiniere die Kommunen, Anpassungsstrategien an den Klimawandel zu entwickeln und den Ausbau der erneuerbaren Energien planungsrechtlich abzusichern. Conrad: „Die Kommunen können in jedem Bebauungsplan anspruchsvolle Energie- und Klimaschutzstandards festlegen. Gerade die erneuerbaren Energien brauchen den positiven Rückhalt der Planungssträger und damit der Ge-



Umweltministerin Margit Conrad

meinden. Das Planungsrecht muss für einen geordneten Ausbau der erneuerbaren Energien, die landschaftsrelevant sind, eingesetzt werden, vor allem für Windenergie oder auch für Freiflächensolaranlagen.“

Die zukünftige, dezentral geprägte

Energieversorgung brauche leistungsfähige Partner vor Ort: die Stadt- und Gemeindefunktionen. Ihre Entwicklung vollziehe sich vom reinen Energieverteilenden hin zum Energieerzeuger, vor allem auf Basis erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung. Sie müssen zum Energiedienstleister werden für Einspar- und Effizienztechnologie. Sie verfügen über detaillierte Kenntnisse der Gegebenheiten vor Ort und Kundennähe. Damit bieten sich für die kommunalen Energieversorger vielfältige Handlungsmöglichkeiten, z.B. den Ausbau von Energiecontracting und Energieberatung, Gebäudemanagement, Anreize für energiesparendes Investitionsverhalten, das Angebot einer ökologischen Kriterien orientierten Produkt- und Tarifstruktur sowie eine Vielfalt verschiedenster Contracting-Angebote. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind sehr an kompetentem Energiemanagement interessiert. Weitere Optionen sind Investitionen in örtlich verfügbare erneuerbare Energien und deren Vertrieb, der bedarfsgerechte Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere von Blockheizkraftwerken sowie die Beteiligung an virtuellen Kraftwerken.

Conrad: „Kommunen sind natürliche und strategische Partner für alle, die Klimaschutz vor Ort erreichen, die Versorgungssicherheit, Wettbewerb, bezahlbare Preise, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Regionen sichern wollen. Unsere Kommunen verfügen über entscheidende Kompetenzen und Instrumente für den notwendigen Umbau der Energieversorgung.“



„Rheinland-Pfalz und Japan unterhalten vielfältige Kontakte. Sowohl im kulturellen und hochschulpolitischen Bereich als auch wirtschaftlich pflegen wir seit Jahren einen engen Austausch“, sagte Staatssekretär Martin Stadelmaier anlässlich des Antrittsbesuchs des japanischen Generalkonsuls Toyoei Shigeda. Unter anderem ging es bei dem Treffen um das 2011 stattfindende Jubiläum „150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen“. „Gemeinsam mit dem Fachbereich Japanologie in Trier, dem Fachbereich Informatik in Koblenz, dem Ostasieninstitut der Fachhochschule in Ludwigshafen, dem Fraunhofer-Institut und dem japanischen Garten in Kaiserslautern werden wir Vorschläge und Ideen einbringen, die die Veranstaltungen sicherlich bereichern“, so Stadelmaier. Auch auf kommunaler Ebene sei man auf einem guten Weg: Kaiserslautern, Boppard und Trier pflegten bereits Partnerschaften mit japanischen Städten. Drei Schulpartnerschaften sowie zahlreiche Hochschulkontakte nach Japan bestünden. Der japanische Generalkonsul habe angeboten, einen Schwerpunkt der gemeinsamen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit in den Beziehungen mit Osaka zu setzen. Foto: Stefan Sämmer

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Michael Maurer (Koordination), Walter Schumacher (verantwortl.).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Lucas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortl.) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Aus dem



Landtag

Zukunftsfähiges Konzept für Opel angemahnt

Fraktionen ziehen an einem Strang – Landeskriminalamt bereits 2008 am Nürburgring aktiv

Die aktuelle Entwicklung bei Opel und GM war das Thema einer von allen drei Fraktionen beantragten Aktuellen Stunde zu Beginn der 77. Plenarsitzung am Mittwoch, dem 11. November 2009. Die Fraktionen waren sich einig, gemeinsam für den Erhalt des Opel-

Standortes Kaiserslautern zu kämpfen. Mit den Stimmen der SPD verabschiedete das Parlament mit heftiger Kritik der Opposition den zweiten Nachtragshaushalt für 2009/2010. Auch ein erneuter Vorstoß von CDU und FDP für ein Kopftuch-Verbot an

rheinland-pfälzischen Schulen scheidete. Ein Gesetzentwurf für eine kostenpflichtige Schulbuch-Ausleihe und ein Bericht über die Arbeit des „Ausschusses der Regionen“ (ADR) in Europa waren weitere Tagesordnungspunkte.

lungen, die Innovation des Standorts Rüsselsheim für den europäischen Markt zu nutzen. „Der Umgang des Konzerns mit seinen Arbeitnehmern war und ist unmöglich“, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende.

„Die Geschichte von Opel könnte heute anders diskutiert werden“, so **Christian Baldauf (CDU)**. Es habe eine Konstruktion gegeben, mit der die Insolvenz verhindert worden wäre. Nun gehöre das Unternehmen weiter zu GM.



„Jetzt muss geschaut werden, dass Opel und seine Standorte in Deutschland konkurrenzfähig bleiben“, betonte der CDU-Abgeordnete. Das müsse vom Konzern in die Waagschale geworfen werden. „Wir können es uns in Deutschland nicht leisten, Staatshilfen zur Verfügung zu stellen, wenn es keine zukunftsfähigen Konzepte gibt“, sagte Baldauf. Diese habe GM bisher noch nicht vorgelegt. „GM hat damit eine Bringschuld, die der Konzern uns leisten muss.“ Erst danach dürfe staatliche Unterstützung erfolgen.

GM und Opel sei nicht wegen der aktuellen Wirtschaftskrise in Turbulenzen geraten, sondern wegen einer verfehlten Konzernpolitik, betonte **Herbert Mertin (FDP)**. „Von einer nachhaltigen Entwicklung der Marke Opel durch GM kann in Deutschland nicht gesprochen werden“, so Mertin.



Es sei daher verständlich, dass Opel aus dem Mutterkonzern heraus gelöst werden wollte. „Ich habe große Zweifel, ob die Herrschaften von GM überhaupt wissen, was jetzt zu tun ist“, kritisierte der FDP-Abgeordnete. Trotzdem müsse die Tür für GM offen gehalten werden. „Jetzt müssen sie den Menschen deutlich machen, wie es denn jetzt weiter gehen soll“, forderte Mertin. Diese klaren Regeln und Konzeptionen müssten erfüllt werden, bevor weitere staatliche Unterstützung geleistet werden könne. „Ich verstehe die Opel Mitarbeiter, die in den vergangenen Jahren fast an diesem Konzernmanagement verzweifelt sind“, so Mertin.

„GM hat massive Managementfehler gemacht. Das war die Ursache für die Krise bei Opel“, sagte **Wirtschaftsminister Hendrik Hering (SPD)**. Bei GM sei verantwortungslos gehandelt worden. „Das ist unzumutbar für die Mitarbeiter in den Opelwerken. Sie werden auch dieses Weihnachtstfest wieder nicht wissen, wie es mit ihnen weiter

geht“, kritisierte Hering. Es werde nun erneut Vertrauen verspielt und kostbare Zeit verloren. „Es gibt einen ausgearbeiteten Plan für die Zukunft von Opel: das Magna-Konzept“, so Hering. Das müsse nun umgesetzt werden, unabhängig vom Opel Eigentümer. GM sollte mit diesem Konzept, das alle Standorte in Europa erhält, weiterarbeiten. Das wäre die richtige Bedingung für weitere Staatshilfen, betonte der Wirtschaftsminister. Einher damit gehe eine möglichst große Eigenständigkeit von Opel, beispielsweise in Form einer Aktiengesellschaft.



„Wir müssen unsere Landesregierungen und die Bundesregierung mit dem Signal versehen, dass wir zu den einzelnen Standorten stehen“, sagte **Margit Mohr (SPD)**. Die Mitarbeiter in Kaiserslautern etwa hätten dazu beigetragen, dass der Name Opel in Europa wieder einen besseren Klang hat, erklärte die CDU-Abgeordnete. „Wir haben da in der Vergangenheit einiges richtig gemacht“, bilanzierte sie.

„Wir alle kämpfen um Opel und seine Standorte“, betonte **Günther Eymael (FDP)**. Gerade in der strukturschwachen Region Kaiserslautern sei es wichtig, dass das dortige Werk erhalten bleibe. „Es geht darum, den Westpfalz-Standort von Opel weiter zu stärken“, forderte Eymael. Das Unternehmen müsse nun aufgefordert werden, ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln. Erst dann könne der Staat eine Anschubfinanzierung anbieten.

„Die vergangenen Wochen waren schreckliche Tage für die Opel-Beschäftigten“, sagte **Margit Mohr (SPD)**. Die Belegschaft kenne die Gängelungen des GM-Managements und sei in großer Sorge. „Die Enttäuschung und Verzweiflung war bei den Betroffenen riesengroß“, so die SPD-Abgeordnete.

„Ich glaube es ist richtig, dass wir nicht irgendwelche Finanzofferten machen. Jetzt ist GM am Zug und muss uns Konzepte vorlegen“, urteilte **Ministerpräsident Kurt Beck (SPD)** das mit der Bundesregierung und den anderen betroffenen Bundesländern abgestimmte Vorgehen. Nun müsse die Politik einen Rahmen erarbeiten, mit dem Vorschläge von GM bewertet werden könnten, so Beck. „Es gibt ein zukunftsfähiges Konzept einer hohen europäischen Eigenständigkeit“, so der Ministerpräsident. Mit dem Magna-Modell könnten alle deutschen Standorte erhalten bleiben. „Wir sind nicht an einem Billig-Modell interessiert, daran wird sich der deutsche Staat nicht beteiligen können“, betonte Beck.

Landeskriminalamt bereits 2008 eingeschaltet

In der Nürburgring-Affäre ist laut **Innenminister Karl Peter Bruch (SPD)** bereits 2008 das Landeskriminalamt (LKA) eingeschaltet worden. Darüber sei auch Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) „zeitnah“ informiert worden, sagte Bruch in der Aussprache zur mündlichen Anfrage des CDU-Abgeordneten Christian Baldauf. „Insgesamt stellte das LKA fest, dass kein Anhaltspunkt für den Verdacht einer Straftat vorlag“, so Bruch. Im September 2008 habe das LKA auf Bitte des damaligen Finanzministers Professor Dr. Ingolf Deubel (SPD) die Finanzierung des neuen Freizeitparks am Nürburgring in der Eifel auf Geldwäsche hin geprüft – und keine Hinweise darauf gefunden. Im März 2009 wurde das LKA laut Bruch nach einem Tipp eines als vertraulich eingestuften Hinweisgebers erneut aktiv, diesmal „auf mehrere Personen“ bezogen – doch ebenfalls ohne Ergebnis.

Rolle des damaligen Finanzministers Deubel gewesen: „Hat er als Finanzminister oder Aufsichtsratsvorsitzender gehandelt“, fragte der FDP-Abgeordnete. Mittlerweile sei niemand mehr von der Seriosität der Geschäftspartner überzeugt. Für eine umfassende Untersuchung werde der eingesetzte Untersuchungsausschuss sorgen.



Die Landesregierung habe im Prozess der versuchten Privatfinanzierung immer wieder die Rechtmäßigkeit der Finanzierung geprüft, entgegnete **Clemens Hoch (SPD)**. Man hätte nicht ohne konkreten Verdacht beteiligte Personen polizeilich untersuchen lassen können, so der SPD-Abgeordnete. Die Landesregierung habe auch im Nachhinein die



volle Verantwortung für die gescheiterte Privatfinanzierung übernommen.

„Wir haben heute erfahren, dass der Innenminister den Ministerpräsidenten zwei Mal informiert hat“, sagte **Christian Baldauf (CDU)**. „Ein LKA ermittelt doch nicht einfach per se, weil es mal Lust hat zu ermitteln“, so Baldauf. Dennoch und auch ungeachtet der Bedenken des Innenministers sei Beck der Sache nicht weiter nachgegangen und habe damals nicht die Reißleine gezogen. „Herr Ministerpräsident, Ihr Handeln ist verantwortungslos“, betonte der CDU-Fraktionschef. Wer sich so verhält, müsse seine Regierung in Frage stellen.

Es gelinge der CDU nicht, dem Ministerpräsidenten etwas anzuhängen, entgegnete **Jochen Hartloff (SPD)**. Alles sei mit rechten Dingen abgelaufen, dafür stehe auch die Prüfung der Geschäftspartner durch das Landeskriminalamt. „Natürlich haben wir über den Weg der Finanzierung diskutiert und uns über Bedenken ausgetauscht“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Darum wurden die Vorhaben immer geprüft. „Darauf zu bestehen, ist die richtige Rolle des Aufsichtsratsvorsitzenden“, erklärte Hartloff.

„Dass der Innenminister im September 2008 den Ministerpräsident über die Ermittlungen des LKA informiert hat, wurde so noch nicht gesagt“, so **Alexander Licht (CDU)**. Die Regierung sei zu keiner Zeit bereit gewesen, den dubiosen Finanzierungsweg zu stoppen. Das sei aus der Beantwortung der mündlichen Anfrage noch einmal deutlich geworden, sagte Licht. Es habe immer wieder Warnungen und Hinweise an die Landesregierung gegeben, die allerdings ignoriert worden seien. Sie habe auch nicht die Tatsache berücksichtigt, dass einer der privaten Finanzberater am Nürburgring zuvor schon mit der Investorensuche bei einem Millionenprojekt in Wolfsburg gescheitert sei, betonte der CDU-Abgeordnete.



„Die Finanzierung war natürlich ein Stück weit unseriös“, so **Günther Eymael (FDP)**. Das Problem sei immer gewesen, dass es keinen privaten Investor gegeben habe. So sei man an die dubiosen Berater geraten, betonte Eymael. Schwieriger sei allerdings die

Impfaktion bis 2010

Die Impfungen gegen Schweinegrippe in Rheinland-Pfalz werden sich bis ins erste Quartal 2010 hinziehen, antwortete **Gesundheitsstaatssekretär Christoph Habermann (SPD)** auf eine mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Peter Enders und Thomas Günther (CDU) in der Plenarsitzung am Mittwoch. Die SPD-Landesregierung rufe weitere Ärzte auf, sich an der Impfaktion zu beteiligen. Bislang hätten sich 1091 Mediziner bereit erklärt. „Wir haben noch nicht ausreichend Ärzte“, gab Habermann zu. Die Situation sei auch regional sehr unterschiedlich. „Es kommen aber jeden Tag neue Ärzte hinzu“, ergänzte der Staatssekretär.

„Die Bundesstraße 10 zwischen Landau und Pirmasens ist Teil einer bei-

deutenden großräumigen Ost-West-Verbindung“, betonte **Verkehrsminister Hendrik Hering (SPD)** auf eine mündliche Anfrage der Abgeordneten Günther Eymael und Herbert Mertin (beide FDP). Gefragt wurde nach den Verzögerungen zwischen Landau und Godramstein. Ursache für die jetzigen zeitlichen Verzögerungen seien letztlich die mehr als 2000 Einwendungen, die gegen diesen 4,1 Kilometer langen Ausbaugebiet eingereicht wurden, so Hering. „Ich gehe davon aus, dass es gelingt, im Sommer nächsten Jahres den Planfeststellungsbeschluss für Landau bis Godramstein zu erlassen und für den Abschnitt Godramstein bis Klemmental in die Planfeststellung zu gehen“, sagte der Verkehrsminister.

Kritik an Plänen des Bundes zur Steuersenkung

Finanzminister Dr. Carsten Kühl (SPD) hat die Pläne der neuen Bundesregierung zu Steuersenkungen kritisiert. Sie seien keine konjunkturpolitische Maßnahme, antwortete er auf eine mündliche Anfrage der Abgeordneten Frank Puchtler und Thomas Wansch (SPD) zu der eine Aussprache beantragt wurde. „Sie erfüllen nicht die drei Voraussetzungen wirksamer Konjunkturpolitik, die so genannten drei ‚Z‘, die gute Konjunkturpolitik ausmachen: zeitnah, zeitlich befristet, zielgenau“, so Kühl. Die im Koalitionsvertrag vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen würden ab 2013 bundesweit einen dauerhaften Ausfall an Steuereinnahmen in Höhe von etwa 32 Milliarden Euro pro Jahr verursachen, sagte der Finanzminister. Davon würden auf den rheinland-pfälzischen Landeshaushalt 530 Millionen

Euro und auf die Kommunen 226 Millionen Euro entfallen. „Die ablehnende Haltung zahlreicher Ministerpräsidenten – auch solcher aus CDU-regierten Ländern – ist nachvollziehbar“, betonte Kühl. Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung dürfe für die Länder nicht zu einem Verschuldungsbeschleunigungsgesetz werden.

„Alle sehen die von CDU und FDP versprochenen Steuersenkungen kritisch“, sagte **Frank Puchtler (SPD)**. Die Union stehe für die Belastung der Bundesländer und der Kommunen. Die positiven Effekte der Steuerentlastungen würde es nicht geben.

Die Entlastungen seien wichtig für Familien und Unternehmen, verteidigte **Gerd Schreiner (CDU)** die Pläne

der Bundesregierung. „Volkswirtschaftlich ist es richtig, die Steuerbelastung der Menschen zu senken“, betonte der CDU-Abgeordnete. Es sei jetzt noch nicht klar, ob sich die Pläne überhaupt negativ auf die kommunalen Haushalte auswirken werden.

„Die von der CDU/FDP-Koalition vorgeschlagene steuerliche Entlastung für die Bürger wird zu einem höheren Wirtschaftswachstum führen, Arbeitsplätze sichern und ist für den Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz verkraftbar“, erklärte **Herbert Mertin (FDP)**. Kühl unterstelle bei seinen Berechnungen, dass von Steuersenkungen überhaupt keine Wachstumsimpulse ausgingen. Mit dieser radikalen Sichtweise stehe die SPD-Landesregierung jedoch ziemlich alleine da.

Fraktionen: Opel-Standort Kaiserslautern erhalten

Die drei Landtagsfraktionen haben in der Aktuellen Stunde der Plenarsitzung am Mittwoch gemeinsam die Erhaltung des Opel-Standorts Kaiserslautern gefordert. Der FDP-Abgeordnete Günther Eymael sagte: „Wir alle kämpfen um Opel.“ Vertreter aller Fraktionen forderten, der US-Mutterkonzern General Motors (GM) müsse rasch ein zukunftsfähiges Konzept für den angeschlagenen Autobauer vorlegen. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) bedankte sich für die übereinstimmende Haltung der Fraktionen.

GM hatte den lange geplanten Teilverkauf von Opel an den Zulieferer Magna kürzlich abgesagt. Generell schloss Beck Finanzhilfen für GM nicht aus.

„Uns treibt die Sorge um, wie GM mit Opel in Europa in Zukunft umgeht“, formulierte **Jochen Hartloff (SPD)** die rheinland-pfälzische Haltung zur aktuellen Entscheidung der Konzernspitze in den USA. „Ich glaube, es wird verkannt, dass GM mit 50 Milliarden US-Dollar gestützt wird“, so

Hartloff. Man habe es mit einem Staatsunternehmen zu tun und es sei nur legitim, dass auch Deutschland Opel unterstütze. Dennoch sei das Magna-Konzept sinnvoller und tragfähiger gewesen. Dem Konzern sei es in der Vergangenheit nicht ge-



Zweiter Nachtragshaushalt

Mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion verabschiedete das Parlament den zweiten Nachtragshaushalt für 2009/2010. Die Opposition von CDU und FDP stimmte dagegen. Einschließlich der Landesbetriebe sieht das Zahlenwerk vor dem Hintergrund dramatisch einbrechender Steuereinnahmen 2009 eine Nettokreditaufnahme von insgesamt mehr als 4,6 Milliarden Euro vor. Die Opposition kritisierte die Verschuldung als viel zu hoch und beklagte mangelnden Sparwillen in den vergangenen Jahren mit noch stärker sprudelnden Steuereinnahmen.

„Mit diesem Nachtragshaushalt stößt die Landesregierung in bisher nie gekannte Dimensionen der Neuverschuldung vor“, kritisierte **Christian Baldauf (CDU)**. Damit werde mit Ablauf der aktuellen Legislatur der Schuldenberg auf 33 Milliarden Euro anwachsen. Die Landesregierung habe nichts dafür getan, die Kostenfaktoren im Haushalt unter Kontrolle zu halten, so Baldauf. Selbst in wirtschaftlich guten Zeiten habe Rheinland-Pfalz weiter Schulden gemacht. Dies sei eine haushaltspolitische Katastrophe und nicht mit anderen Bundesländern zu vergleichen, betonte der CDU-Abgeordnete. „Wir hatten zwei Jahre zusätzliche Steuereinnahmen und hier wurden sie komplett verfrüht, ohne irgendwo zu sparen“, bemängelte Baldauf. Unglückliche Projekte wie der Umbau des FCK-Stadions in Kaiserslautern zum WM-Stadion 2006 hätten dazu beigetragen. Auch am Nürburgring würden Konzepte fehlen. „Die Regierung Beck baut immer auf private Investoren aber die Kosten bleiben dann doch wieder beim Steuerzahler hängen“, betonte Baldauf. Den privaten Investoren fehle das Ver-

trauen in die Vorhaben der Landesregierung.

Die Sparforderungen der CDU seien nicht glaubwürdig, entgegnete **Jochen Hartloff (SPD)**. Immer wieder würde die Union Vorschläge machen, die dauerhaft nicht finanziert werden könnten. Daher sei es nicht gerecht, der Landesregierung Geldverschwendung vorzuwerfen, so Hartloff.

„Wir streiten allenfalls darüber, ob nicht auch Sparanstrengungen unternommen hätten werden müssen“, betonte **Herbert Mertin (FDP)**. Die FDP vermisse die Sparbemühungen der Landesregierung. Die Umsetzung der Schuldenbremse werde nur gelingen, wenn es künftig mehr wirtschaftliches Wachstum gebe, prognostizierte Mertin.

„Wir verabschieden einen Nachtragshaushalt, der im Zeichen der Wirtschaft- und Finanzkrise steht“, sagte **Finanzminister Dr. Carsten Kühl (SPD)**. Die zusätzlichen Aufgaben könnten nur mit Krediten finanziert werden. Der Haushalt zeige zudem Solidarität mit den Unternehmen vor Ort, so Kühl. Firmen hätten über Bürgschaften nötige Kredite und über die Konjunkturprogramme eins und zwei Aufträge bekommen. Der so genannte „Pakt für Rheinland-Pfalz“ sei gelungen, spiegele aber auch die Situation im Nachtragshaushalt wider. Dennoch sei es geglückt, die strukturelle Verschuldung des Landes nicht zu verschlechtern, betonte der Finanzminister. Trotzdem werde man in der Zukunft nicht an der Kostenreduzierung vorbeikommen. „Wir werden aber nicht dort einschneiden, wo es die Schwächsten der Gesellschaft trifft.“



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17

Verantwortung in der medialen Welt

1. Arbeitssitzung der Enquete Kommission live im Internet

„Digitale Lebenswelt – Verantwortung im Netz“ lautet das Thema der ersten Arbeitssitzung der Enquete-Kommission 15/3 „Verantwortung in der medialen Welt“.

Unter Leitung ihrer Vorsitzenden, Marlies Kohnle-Gros (CDU) und ihrer Stellvertreterin Renate Pepper (SPD) wird die Kommission im Rahmen einer Expertenanhörung am kommenden Mittwoch, dem 25. November 2009, neue Wege beschreiten. Die Anhörung und Diskussion im Plenarsaal kann live im Internet (über Startseite Landtag: www.landtag.rheinland-pfalz.de) von 14.00 bis 15.30 Uhr verfolgt werden. Während der Übertragung be-

steht die Möglichkeit, sich per E-Mail (ek@verantwortung-mediale-welt.de) mit Fragen und Anregungen an die Sachverständigen zu wenden.

Für diese neue Art der Präsentation und Information hatte Landtagspräsident Joachim Mertes in der konstituierenden Sitzung am 30. September 2009 grünes Licht gegeben. Er betrachtete die Enquete-Kommission auch als eine Art Versuchslabor im Umgang mit den neuen Medien und sagte die Unterstützung durch die Landtagsverwaltung, den Vorstand und den Ältestenrat zu. Wenn über die Verantwortung in der medialen Welt gesprochen werde, dann solle man alles nutzen

und ausschöpfen, was heute an medialen Möglichkeiten zur Verfügung stehe, so Mertes.

Neben der bekannten Online-Chefredakteurin Katharina Borchert werden die Experten Universitätsprofessorin Dr. Caja Thimm, Universitätsprofessor Dr. Reinhold Jäger, Michael Frenzel, Privatdozent Dr. Waldemar Vogelgesang, Universitätsprofessor Dr. Stephan Füssel, Nico Lumma und der Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Martin Stadelmaier angehört.

Die Einladung mit dem Ablaufplan zur öffentlichen Sitzung ist ebenfalls über die Startseite des Landtags zu erreichen.

Reform des Haushaltsrechts

Haushaltsausschuss informierte sich in Österreich

Über die aktuelle Reform des Haushaltsrechts in Österreich informierte sich der Haushalts- und Finanzausschuss während einer dreitägigen Informationsfahrt, die die Mitglieder in die Bundeshauptstadt nach Wien führte. Die Informationsfahrt stand im Zeichen eigener Überlegungen zur Modernisierung des Landeshaushaltsrechts: Der Landtag hatte den Haushalts- und Finanzausschuss vergangenes Jahr beauftragt, Möglichkeiten besserer Transparenz und Steuerung zu prüfen. Genau dies war auch der Ausgangspunkt der österreichischen Haushaltsrechtsreform, die im Dezember 2007 beschlossen

und mit Beginn des Jahres 2009 in Kraft trat.

Mit Landtagsvizepräsidentin Hannelore Klammer und Ausschussvorsitzender Astrid Schmitt an der Spitze informierte sich die Delegation im österreichischen Bundesministerium der Finanzen zunächst über Anlass und Vorgeschichte der Haushaltsrechtsreform sowie über die bisherigen Versuche, der Kritik am starren kameralistischen Haushaltssystem durch Einbau flexibler Instrumente zu begegnen. Die aktuelle Haushaltsrechtsreform verfolgt - kurz gesagt - nun das Ziel, den Haushalt auf der Grundlage vierjähriger Finanzrahmen wirkungsorientierter als bisher zu steuern sowie Benchmarks und das Instrument der Kosten-Leistungsrechnung verstärkt einzusetzen.

Wie die ambitionierten Zielvorgaben der Reform künftig in die Praxis umgesetzt werden sollen, war eine von zahlreichen Fragen, denen der Ausschuss in den Gesprächen nachging. Interessiert waren die Ausschussmitglieder dabei vor allem auch an den Rechten des Parlaments bei der Umsetzung des neuen Haushaltsrechts. Franz Wenger, Mitglied des österreichischen Bundesrats, führte aus, dass die so genannten Globalbudgets einerseits zwar einen Anreiz setzten, Geld so effizient wie möglich einzusetzen, andererseits aber die Kontrolle durch die Abgeordneten schwieriger werde, wenn nicht alle Ausgaben im Detail fixiert würden. Hier sei künftig ein Lernprozess auf allen Ebenen der Steuerung und der Umsetzung des neuen Haushaltsrechts notwendig, lautete die Auskunft Wengers. Einigkeit bestand auch darin, dass es bei der Umsetzung des neuen Haushaltsrechts sehr wichtig sein werde, den Grundsatz des Gender Budgeting mit Leben zu erfüllen, um Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern herbeizuführen.

Mit einer ersten Auswertung der gewonnenen Erkenntnisse wird sich der Haushalts- und Finanzausschuss bereits in seiner Sitzung am 26. November 2009 befassen.



Das zwölfte Konzert der Reihe „Musikalischer Nachwuchs stellt sich vor“ fand in der vergangenen Woche wieder eine große Resonanz. Die gemeinsame Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz, des Landesmusikrats Rheinland-Pfalz und der SWR2 Landesmusikredaktion Rheinland-Pfalz präsentiert Werke von Beethoven, Chopin, Chausson, Webern, Mozart und Schubert. Ausführende waren Ioana Ilie (Klavier), Julia-Carolin Walther (Violine), Erika Le Roux (Klavier); das Trio mit Julia Kraus (Klavier), Eva-Maria Vischi (Violine) und Daniel Haverkamp (Violoncello)
Foto: Klaus Benz



Unser Foto zeigt die Delegation vor dem österreichischen Parlamentsgebäude in Wien, ganz rechts Bundesrat Franz Wenger.

Aus dem



Landtag

Weichen für Schulbuch-Ausleihe gestellt

Kein Kopftuch-Verbot an Schulen

CDU und FDP sind mit Vorstößen zu einem Kopftuch-Verbot für Lehrerinnen an rheinland-pfälzischen Schulen gescheitert. Die Union legte einen Gesetzesvorschlag vor, der mit einigen Änderungen auch von den Liberalen unterstützt wurde. Die Initiative wurde von der SPD-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit zurückgewiesen.

Die Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes hätten bestätigt, dass der Entwurf rechtlich unbedenklich sei: „Wir wollen dieses Gesetz und halten es für wichtig“, so Dr. Axel Wilke (CDU). Auch in anderen Ländern gebe es ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen, so beispielsweise in Frankreich. „Toleranz endet dort, wo unsere Verfassungsfreiheit in Frage steht“, betonte Wilke. Aus Sicht der Bevölkerung spiegele das Kopftuch ein falsches Verhältnis von Mann und Frau wider. Bei dieser Frage komme es besonders auf die Meinung der Rheinland-Pfälzer an, sagte der CDU-Abgeordnete. Es werde beim Thema Kopftuch für Lehrerinnen immer wieder Probleme geben. Ein Verbot wahre den Schulfrieden und sei daher sinnvoll, so Wilke.



„Rheinland-Pfalz braucht ein solches Gesetz nicht“, sagte Ingeborg Sahler-Fesel (SPD). Der rheinland-pfälzische Weg habe bisher immer funktioniert. Nur eine Kopftuch tragende Lehrerin sei auf Probleme gestoßen. „Das kann auch an der Intoleranz der anderen Menschen gelegen haben“, so Sahler-Fesel. Da es in Deutschland Religionsfreiheit gebe, gelte das Kopftuch als religiöses Symbol und dürfe nicht ver-

boten werden. „Das Kopftuch wird aus religiösen Gründen getragen und hat an sich nichts mit Unterdrückung zu tun“, betonte die SPD-Abgeordnete. Der Gesetzesentwurf der CDU verlange von den Frauen, sich zwischen Religion und Beruf zu entscheiden. „Damit diskriminieren Sie Frauen“, warf sie der Opposition vor.

Es komme auf die Wirkung von religiösen Symbolen auf die Schüler an, sagte Herbert Mertin (FDP). Die Perspektive der Erwachsenen sei daher nicht entscheidend. „Es gibt Hinweise, dass einige im Islam das Kopftuch über das Religiöse hinaus ganz anders verstehen“, sagte Mertin. Bestimmte Gruppen würden es als Zeichen der Unterdrückung der Frau sehen. „Das widerspricht unserem Grundgesetz“, so der FDP-Fraktionschef. Dies gelte aber nur für das Kopftuch und nicht für andere Symbole wie den Halbmond oder das Kreuz. Dennoch bestehe bei einem solchen Gesetz immer die Gefahr, dass es vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand habe.

In der Schule müsse weiterhin gegenseitige Toleranz eingeübt werden, sagte Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD). „Die Neutralitätspflicht ist klar geregelt. Wir unterstellen eine Kopftuch tragende Frau aber nicht, dass sie diese nicht erfüllt“, so Ahnen. Zudem habe es in Rheinland-Pfalz bisher erst einen Konfliktfall gegeben, der gemeinsam mit der Schule gelöst werden konnte. „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein laizistischer Staat“, betonte die Bildungsministerin. Mit dem Gesetzesentwurf der CDU bestehe die Gefahr, dass auch christliche Symbole in der Schule verboten würden. „Wir wollen kein Gesetz, weil wir damit eher eine Polarisierung als die Wahrung des Schulfriedens befürchten“, erklärte Ahnen.

Die Weichen für eine kostenpflichtige Schulbuch-Ausleihe sind gestellt. In der Plenarsitzung lieferten sich SPD und CDU einen Schlagabtausch um die Urheberrechte des Vorschlages. Hintergrund ist, dass ein entsprechender Gesetzentwurf der CDU in zweiter Lesung abgelehnt wurde und die Sozialdemokraten in erster Lesung ein Gesetz eingebracht haben. Nach diesem soll ein Ausleihsystem für Lernmittel an rheinland-pfälzischen Schulen kommen. Der SPD-Entwurf wurde in den Ausschuss überwiesen.

Ziel der CDU sei es, schon in der ersten Klasse mit der kostenlosen Ausleihe von Lernmitteln für Schüler zu beginnen, erklärte Bettina Dickes (CDU). Die SPD wolle dies erst ab der fünften Klasse tun. Der Vor-



schlag der SPD für ein Lernmittelleihsystem sei zwar sinnvoll, gehe aber auf das Konzept der Union zurück. „Sie haben gesehen, dass das Modell richtig ist“, so Dickes.

Die Debatte um die Erfindung des Lernmittelleihsystems sei völlig unnötig, sagte Ulla Brede-Hoffmann (SPD) zu den Vorwürfen der CDU. „Wir haben dieses System in anderen Ländern beobachtet und haben es für unser Land angepasst“, erklärte die SPD-Abgeordnete. Das System sei nun durchfinanziert und die Schwachstellen aus anderen Bundesländern ausgeräumt, so Brede-Hoffmann. Nach den Plänen der Sozialdemokraten könnten Kinder von Hartz IV-Empfängern und Eltern mit einem Einkommen von bis zu 26 500 Euro im Jahr Lernmittel kostenlos ausleihen.



Rheinland-Pfalz hat Gewicht in Europa

Der Stellenwert des „Ausschusses der Regionen“ (ADR) auf europäischer Ebene wird immer wichtiger. So der Tenor des Berichts von den vom Landtag Rheinland-Pfalz entsendeten Mitgliedern des Ausschusses.

Der Ausschuss der Regionen in Europa sei eine sinnvolle Einrichtung, betonte Peter Dincer (CDU). Gerade aktuell habe auch er sich immer wieder mit der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigt. Dabei habe sich gezeigt, dass das Modell der Sparkassen und Genossenschaftsbanken als solide Banklandschaft für Europa gelte. Außerdem sei das Thema EU-Beitritt der Türkei beraten worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass es im Ausschuss einen Trend für das Modell

der privilegierten Partnerschaft für die Türkei gebe.

Seit 15 Jahren würde der Ausschuss der Regionen nun schon erfolgreich arbeiten, sagte Dieter Klöckner (SPD). „In diesen 15 Jahren ist viel geschehen“, so Klöckner. Durch die Verträge von Nizza, Amsterdam und Lissabon habe der Ausschuss eine Aufwertung erfahren. „Für den ADR bringt der Vertrag von Lissabon eine Stärkung seiner Mitwirkungsrechte“, betonte der SPD-Abgeordnete. So seien nun beispielsweise Klagen vor dem europäischen Gerichtshof möglich. „Der ADR hat sich zu einer richtigen Institution in der europäischen Union entwickelt“, so Klöckner.

„Es ist gut immer deutlich zu betonen,

„Wir müssen zu einer neuen Regelung kommen, die alle Eltern entlastet“, sagte Nicole Morsblech (FDP). Die Liberalen wollten eine echte und generelle Lernmittelfreiheit in Rheinland-Pfalz. Mit einem geringen Mehraufwand könnten Bücher von den Schulen angeschafft werden, dort müsse ein finanzieller Schwerpunkt gesetzt werden. Dass dies Geld koste, sei klar, könne aber bei Projekten wie dem Nürburgring eingespart werden. „Sie machen nun einen eher halbherzigen und mit Schulden finanzierten Schritt“, kritisierte Morsblech.

„Wir wollen mit der Gruppe anfangen, die von Lernmitteln am meisten belastet wird“, erklärte Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD), dass das Leihsystem erst in der Sekundarstufe beginnt. Außerdem sei es nicht sinnvoll über die Urheberschaft des Gesetzes zu streiten. Auch die CDU habe sich bei ihrem Entwurf am Bundesland Niedersachsen orientiert. Die SPD-Initiative sei hingegen auf Rheinland-Pfalz passgenau.

dass Europa noch relativ gering von der Krise betroffen ist, weil wir einen guten Binnenmarkt haben“, machte auch Nicole Morsblech (FDP) deutlich. Das habe immer wieder die Arbeit im „Ausschuss der Region“ gezeigt.

„Es ist nicht immer so leicht für Rheinland-Pfalz in Brüssel unterwegs zu sein“, erklärte Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär (SPD). Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa. Vieles, was in Brüssel getan werde, sei in Rheinland-Pfalz nicht immer leicht zu vermitteln. „Was wäre in Europa los ohne den gemeinsamen Binnenmarkt und die gemeinsame Währung“, kommentierte auch Klär die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Europa. LAD/PEC